

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
"Tagblatthaus".

Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7408.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

"Tagblatthaus" Nr. 0059-55.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7408.

Bezugs-Preis für die Ausgabe: Mt. 2.- monatlich, Mt. 6.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobahn. — Bezugs-Bestellungen nehmen in Wiesbaden die Ausgabebestellen in allen Teilen der Stadt; in Weiblich; die dortigen Ausgabebestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Zedler.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 30 Pf. für deutsche Anzeigen; 40 Pf. für auswärtige Anzeigen; 50 Pf. für englische Anzeigen; 60 Pf. für französische Anzeigen. — Bei auswärtsigen Anzeigen sind die Postgebühren zu zahlen. — Anzeigenannahme für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W. 50, Bambergerstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Hakenberg 4747-49.

Donnerstag, 26. Februar 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 95. • 68. Jahrgang.

Neueste Drahtmeldungen.

Deutschland und Sowjetrußland.

Br. Berlin, 26. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Von informierter Seite erfahren wir, daß die Mitglieder des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten die Absicht haben, bei der Regierung über die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen mit Sowjetrußland zu intervenieren. Die Familienangehörigen des arbeitslosen Auswanderers sind auf dem Standpunkt, daß die Regierung aus ihrer bisherigen Haltung herausgehen müsse. Über einstimmig herrscht in der Meinung, daß alle Gelegenheiten zur Wiederherstellung der Beziehungen zu Sowjetrußland von der Reichsregierung wahrgenommen werden müssen.

Das Hilfswort für die europäischen Kinder.

W. T. B. Genf, 26. Febr. (Drahtbericht.) Die erste Sitzung des Kongresses der Hilfswörter für die im Krieg in Not geratenen Kinder fand am Mittwochabend in Genf statt. Es hatten sich hierzu etwa 200 Delegierte aus allen Ländern Europas eingefunden. England ist besonders stark vertreten. Deutschland, Österreich, Ungarn, Frankreich, Italien, Polen, die Tschechoslowakei, Serbien und Schweden haben alle mehrere Delegierte entsandt. Norwegen ist durch einen Delegierten vertreten. Den Vorsitz führt Georg Berner, Präsident des Arbeiterschusses des Verbandes der Hilfswörterorganisation. Am Donnerstag werden die eigentlichen Verhandlungen des Kongresses beginnen.

Die neue Erhöhung der Postgebühren.

Br. Berlin, 26. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir erfahren, soll die neue Erhöhung der Postgebühren frühestens in einem halben Jahre in Kraft treten. Es ist nicht abzusehen, wie neue Postgebühren mit Beschränkung einzuführen und zu verabschieden. Die Vorkaranten können jetzt erst und werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Der Notenwechsel zwischen Wilson und der Entente.

W. T. B. Paris, 26. Febr. (Drahtbericht.) Als englischer Quelle wird gemeldet, daß weder Wilson noch die Vertreter der Alliierten gegen eine Verständigung der zwischen ihnen gewirkten Noten Einwände erheben werden und daß dieser Notenwechsel wahrscheinlich veröffentlicht werden wird, wenn der Oberste Rat seine Arbeit beendet hat.

Bombenanschlag gegen einen Erzherrn.

W. T. B. Barcelona, 26. Febr. (Drahtbericht.) Gegen den katalanischen Erzherrn, in dem sich der Gouverneur von Barcelona befindet, wurde eine Bombe geworfen. Es entstand nur Materialschaden, Personen wurden nicht verletzt.

Erzberger.

Preßfestimmen zur Suspendierung.

Die Suspendierung Erzbergers vom Amte verursacht in der Presse, wie es nicht anders zu erwarten war, eine lebhafteste Reaktion. Auf deutscher Seite wird diese Maßnahme lebhaft begrüßt und die Hoffnung davon geäußert, daß die verlässliche Amtsenthebung sich bald zu einer endgültigen betrauteln werde. „Der“ so schreibt die „Deutsche Zeitung“, „nach dem, was vorweggenommen ist, ist die politische Rolle dieses Mannes nunmehr ausgespielt. Seine Aufgabe im politischen Leben muß selbst im deutschen Deutschland als abgeschlossen gelten.“ — In anderen Zeitungen kommt zum Ausdruck, daß das Kabinett von der Erklärung Erzbergers über seine Steuerdeklaration nicht befriedigt gewesen sei und sich in diesem Punkte gezwungen gesehen habe, von Erzberger abzutreten. So daß die „Neuzeitung“ an die Zeitlichkeit der Suspendierungsentscheidung nicht glauben will. Sie glaubt auch nicht, daß für diesen Schritt nur der Versuch einer Einvernehmlichen Verständigung maßgebend gewesen sei, sondern vielmehr die Vorgänge in der Prager Verhandlung dem Hof den Boden ausgefüllt hätten.

Ganz ähnlich wie die deutschen Presse wird auch vor der Unabhängigen „Freiheit“ die vorläufige Amtsenthebung Erzbergers gedeutet. Sie hat, es dürfte wohl angenommen werden, daß Herr Erzberger auf seinen Posten zurücktreten werde. Herr Helfferich sei der Streich gelungen. Aber dann finden sich in der „Freiheit“ Auslassungen, die über die Person Erzbergers hinausgehen und die allgemeine politische Situation behandeln. Das Blatt sagt u. a.: „Nur Erzberger als ein Unzufriedener weichen, so ist die ganze Regierung in Mitleidenschaft gezogen. Außerdem aber ist der Reichsfinanzminister der stärkste Feind der Sozialdemokratie in der Zentrumspartei, und die Möglichkeit einer politischen Neuorientierung dieser Gruppe nicht in nächster Nähe. Wir können den Nationalisten ihren Erfolg erstens deshalb nicht, weil die Beweggründe ihrer Handlung ebenso schädlich waren wie die Beweggründe, die sie vernichten. Aber es geht nicht um die Reinheit des öffentlichen Lebens, sondern einzig und allein darum, den einschläglichen politischen Gegner unmöglich zu machen. Sie haben den Scheitern zusammengetragen, um den Politiker zu vernichten, der als Bürgerlicher mit Entschlossenheit die neue Staatsform verteidigte, und der außerdem ein Finanzpolitiker war, der, mag sie im einzelnen gut oder schlecht gewesen sein, jedenfalls nicht davon zurückgewichen, das Parteiprogramm der Reichsregierung nicht doch anzufassen. Erzberger weichen wir keine Kränze nach, aber daß sein Sturz den Deutschen in einem gewissen Triumph verhilft, ist und einzuweichen schmerzhaft.“

Das „Berliner Tageblatt“ meint, man müsse die Untersuchung des Finanzamtes in Charlottenburg abwarten, wenn es und bedauerlich gewesen sei, daß Erzberger in seiner Erklärung gegen die Vorwürfe nicht deutlicher gewesen sei. Ganz unabhängig von den kommenden Entscheidungen müsse geprüft werden, daß der deutsche Beamtenkorruption, die in dem Diebstahl der Erzbergerischen Schenkungsmittel zutage trete, gleichfalls auf das genaueste untersucht und auf das strengste geahndet werde.

Der „Vorwärts“ billigt die vorläufige Amtsenthebung, da die Untersuchung vor dem Charlottenburger Finanzamt völlig unbeeinträchtigt stattfinden müsse. Erzberger mag schuldig oder unschuldig sein, deren Selbsterklärung konnte es auf keinen Fall auf die Moral an, sondern darauf, den Feind einer ihm verhassten Politik unschädlich zu machen. Diese Vorwürfe muß erklart und dachkreuzt werden.

Und die „Frankfurter Zeitung“ ist mit der Erklärung einverstanden und fragt, ob sie für Herrn Erzberger den Anfang des Ende bedeute. Man denkt zunächst gar nicht an das, was weiter daraus wird, an mögliche politische und andere Komplikationen, man denkt nur auf das, was er tut, daß es doch nun wenigstens nicht der amtierende Finanzminister der deutschen Republik mehr ist, der in Kontakt um seine Ehre und seine Existenz zu kämpfen hat —, daß Herr der Privatmann Erzberger und nicht der amtliche Vertreter der Regierung als Feind und Kollaborateur in der internationalen Rolle des Angeklagten auftritt, nicht ein aktiver Feind der Demokratie, die mit neuen Dingen nicht zu tun hat und die Demokratie, nichts zu tun haben will! Nach einer Charakterisierung Helfferichs, dem es mehr darauf ankomme, Stimmung zu machen als zu beweisen, schließt das Blatt: „Freilich werden jetzt diejenigen teampublieren, die in ihm eine ganze Richtung während bekämpfen, oder die seine radikale Steuervollmacht fürchten, die eben doch trotz alledem die Tat eines mutigen und für das Vaterland unerschrockenen Mannes war. Aber entscheidend bleibt, daß die Demokratie sich sauber erhalte und Verderben nicht ausbreite, wo sie sich unter den moralisch verheerenden Wirkungen des Krieges und des Zusammenbruchs einzuschließen hat.“

Die Zentrumspresse verhält vorläufig noch in ihrer Fröndlichkeit bei der Feststellung des Themas und beschränkt sich in der Hauptsache auf die Mitteilung der Tatsache.

Br. Berlin, 26. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Keine der drei Reichstagsfraktionen der Nationalversammlung hat bis jetzt eine entscheidende Stellungnahme im Kampf um Erzberger erlassen lassen. Es scheint, als ob die Demokraten dazu keine Veranlassung hätten, die Front gegen Erzberger zu verschieben, aber sie tun das im Bewußtsein, daß Erzberger von anderer Seite gestützt wird. Man hat den Eindruck, daß ein Rücktritt Erzbergers trotz der schweren kritischen Stimmung nicht erfolgen wird. Die Zentrumspartei ignoriert noch völlig alle Anschuldigungen gegen ihren Reichsfinanzminister und denkt vorläufig nicht daran, anzuerkennen, daß seine Stellung gefährdet ist.

Frankreich und England.

Ansichten und Wünsche bezüglich der Rheinalabfertigung.
W. T. B. Paris, 26. Febr. Der Auslandskorrespondent des „Matin“, Souverain, erklärt in einem Londoner Telegramm, Frankreich verlange von England eine militärische Allianz, um die Ausführung des Friedensvertrages durch Amerika, ferner die Besetzung des Rheinlandes, so lange es notwendig erscheine, und ihre Erweiterung auf das Ruhrkohlengebiet, außerdem eine dauernde finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung zum Wiederaufbau. Die räumliche und zeitliche Ausdehnung der Okkupation des Rheinlandes sei England sehr unangenehm. Dem englischen Oberkommando sei es auch unangenehm, daß schwarze oder marokkanische Truppen dort verwendet werden. Man erklärt, die Ausdehnung der Okkupation werde Frankreich und Deutschland und insbesondere auf ganz Europa in einen Zustand erhalten, der weder Frieden noch Krieg sei. — Souverain erklärt ferner, er habe vor seiner Abreise nach London mit einem französischen Staatsmann gesprochen, der erklärte, Frankreich solle sich selbst Garantien am Rhein verschaffen, oder nur im Falle absoluter Notwendigkeit und als Letztes unter unmittelbarer Verständigung Frankreichs mit Deutschland. Endlich solle man aber England und den Neutralen durch eine solche Produktionsminderung und den durch die neuen militärischen Operationen einflößen.

Der Freistaat Danzig.

Br. Berlin, 26. Febr. Aus Danzig wird gemeldet: Der Regimentskommandant Lower erklärte beim Empfang der behördlichen Vertreter, daß er in Danzig die Regierungsgeschäfte auf sich übernehme und unter alleiniger Verantwortung führen werde. Er halte es für erforderlich für die Interessen Danzigs, wenn er zu seiner Verrichtung eine Körperschaft bestände, die nur aus eingetragenen Bürgern bestünde. Dabei denke er an die Bildung eines Staatsrates, der bei der Verwaltung der Danziger Angelegenheiten zur Mitwirkung herangezogen werden könne. — Der Regimentskommandant Lower verbot die Einstellung neuer wichtiger Betriebe.

Amerika und der Friedensvertrag.

W. T. B. New York, 26. Febr. „Daily Telegraph“ meldet aus New York, daß Hoover in Baltimore eine Rede hielt, in der er sich energisch gegen das Bestehen des Präsidenten Wilson wandte, den Friedensvertrag einem Ratum durch die amerikanische Volk zu unterwerfen.

Hoover sagte, Europa könne nicht genesen, bevor der Friedensvertrag ratifiziert und die amerikanische Mitwirkung bei der Wiederherstellung des Friedens sichergestellt sei.

W. T. B. Haag, 26. Febr. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington: Der Senat lehnt ab, den Friedensvertrag am Donnerstag wieder zu verhandeln und alle anderen Fragen zurückzustellen, bis der Friedensvertrag endgültig erledigt sei.

Sanktions Nachfolger.

W. T. B. Washington, 26. Febr. Präsident Wilson hat Cambridge Colby zum Staatssekretär ernannt.

Eisenbahnerstreik in Frankreich.

W. T. B. Paris, 26. Febr. Haras meldet: Der leitende Betriebsingenieur der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn erklärte heute morgen der Presse, daß in den Pariser Werkstätten nicht gearbeitet worden sei. Die Arbeiter und Angestellten haben heute morgen ihre Tätigkeit nicht aufgenommen. Einige Angestellte, die erschienen waren, wurden durch ihre Kameraden bald von ihrer Pflichterfüllung absperrt gemacht. Deshalb werden diezüge mit größerer Verspätung zu rechts haben. Man glaubt, daß gegen Willen der Regierung bald von ihrer Pflichterfüllung abgesehen wird. Maßnahmen gegen die Streikenden werden unternommen, und es wird bereits versucht, einen vorübergehenden Ersatzdienst zu schaffen. Während auf den durch den Streik betroffenen Reuten der Güter- und Personenverkehr fast vollständig ruht, sind die Erpressungen heute morgen wie gewöhnlich abgegangen, und man rechnet auf mit neuerem reinem Verkehr dieser Züge. Da auf den Eisenbahnen sehr viele Züge verkehren, ist anzunehmen, daß der Streik nicht allgemein ist. Die Streikenden wehren der individuellen Vereinigung bei. Von den Pariser Bahnhöfen und den zugehörigen Strecken sind keinerlei Zwischenfälle zu melden.

Die Zusammenkunft zwischen den Delegierten der Pariser Eisenbahner-Syndikate und dem Vollzugsausschuß des Eisenbahnerverbandes endete gegen 10 Uhr morgens. Es wurde entschieden, daß die noch nicht streikenden Gesellschaften nur auf den Streikbefehl warten, um ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Darauf prüfte der Vollzugsausschuß die Lage. Um 4 Uhr nachmittags wird eine zweite Zusammenkunft mit den Vertretern des Pariser Syndikats stattfinden.

W. T. B. Paris, 26. Febr. In Lyon streiken bereits 6000 Arbeiter, da sich dort auch andere Arbeiterklassen dem Eisenbahnerstreik anschließen. Nach dem „Echo de Paris“ ist man am Sitz der nationalen Moderation der Eisenbahner einem allgemeinen Streik abgesehen, da man ihn in diesem Augenblick nicht für angebracht hält.

Ein Attentat auf den Prinzregenten von Serbien?

W. T. B. Berlin, 26. Febr. Nach dem: „B. L.“ gibt der Triester „Korrespondenz“ das Gerücht von einem Attentat auf den Prinzregenten von Serbien und den neuen Ministerpräsidenten wieder, wobei beide verlegt worden sein sollen. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt bisher nicht vor.

Rußland.

Eine neue Friedensnote der Sowjetregierung.

W. T. B. Moskau, 26. Febr. Die russische Sowjetregierung richtete jetzt eine Friedensnote an die Vereinigten Staaten, Japan und Rumänien. Amerika wurde gefragt, wann und wo die Verhandlungen beginnen könnten. Japan wird auf seine wirtschaftlichen Interessen im fernem Osten hingewiesen.

Die Flucht der nordrussischen Regierung.

W. T. B. Kopenhagen, 26. Febr. Nach einem Telegramm aus Christiania ist die nordrussische Regierung aus Hammerfeldt in das holmische Hochland geflohen. Die nordrussische Regierung ist aus Archangelsk an Bord eines russischen Eisbrechers, auf dem sich über 100 Flüchtlinge, namentlich Russen, Dänen und Belgier, befinden, hier eingetroffen. Es hat ihnen im letzten Augenblick gelungen, von Archangelsk zu entkommen. Der Schwedener ist heute nach Tromsö weitergefahren.

Denkin bildet ein neues Kabinett.

W. T. B. London, 26. Febr. „Daily Telegraph“ meldet aus Moskau, daß Denkin am 18. Febr. ein neues demokratisches Kabinett gebildet. Premierminister ist der ehemalige Präsident der Don-Verammlung Winkow.

Die Auflösung des Baltikumtruppen.

W. T. B. Berlin, 26. Febr. Die „Voss. Ztg.“ veröffentlicht eine Erklärung des Reichswehrministers, nach der die festgenommenen Offiziere und Mannschaften der Baltikumtruppen an der Sperrung der Charlottenburger Volkshausfronten unschuldig sind. Die bereits entlassenen Baltikumtruppen wurden ohne Dienstwaffen entlassen. Bis zum 15. März werden alle Entlassungen durchgeführt sein. Es besteht nur noch ein Restbestand von 8000 Mann.

Preußen und die Verrückelung der Eisenbahnen.

W. T. B. Berlin, 26. Febr. Die „Voss. Ztg.“ bringt entgegen anderslautenden Mitteilungen eine Erklärung des preussischen Eisenbahnministeriums, nach der der Vorwurf, die preussischen Bahnen würden ohne Gegenleistung aus der Hand gegeben, völlig unzutreffend ist. Auch an den Mitteilungen über den Rücktritt des Ministers Döberlein ist nichts Wahres.

